

Antrag gemäss § 52 GOGR „Regulierungsbremse“

Geschätzter Herr Präsident, geschätzter Regierungsräte, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Bürokratiekosten machen nach Avenir Suisse für die Unternehmen bis zu 10% des BIP aus. Ein Abbau der Bürokratie kann man immer nur unterstützen. Bravo. Das heutige Anliegen ist ganz sicher gut gemeint. Doch, wir alle kennen das Sprichwort und den Unterschied von gut gemeint - zu gut - nur allzu gut....

Der Antrag bremst - wie im Titel vermutet - leider gar nichts. Die Instrumente sind alle bereits da. Es braucht schlicht eine Änderung der Haltung. Über die Regierung zu allen Führungskräften der Verwaltung. **Ohne** eine solche „verordnete“ Haltungsänderung von ganz oben wird dasselbe passieren wie in Bern. Nichts. *Nicht generell natürlich, wie uns wichtig ist zu betonen, aber halt doch immer wieder an einigen Stellen und nicht wirklich spürbar.* Der Antrag für einen Bericht kostet auch wieder zig tausend Franken und wird dasselbe zeigen wie die bekannten, differenzierten Berichte aus Bern. Der Bericht ist reine Symbolik, dass man etwas macht. Das geht auch anders.

Im Schweizer Parlament gab es mehr als 100 teils sehr ähnliche Vorstösse, die auf Deregulierung und Bürokratieabbau zielten. Einer der letzten der auch von der Regierung erwähnte Bericht Caroni. Es gibt somit genügend Berichte zu „one-in-one out oder one-in- two-out“ wie auch zur interessanten „Sunset Klausel“. Gefruchtet haben die Vorstösse nicht wirklich, im Gegenteil: Die Regulierungsdichte ist nach jedem Vorstoss sogar verstärkt gestiegen. Wenn vereinzelt Vorschriften abgeschafft wurden, sind an anderer Stelle, gleich dem Kopf der Hydra, nur neue nachgewachsen. Ironie der Vorstösse ist, dass **on top die neue Bürokratie** selber beschäftigungsintensiv und bleibend ist. Sei es in Form der Überwachung, immer mehr im Bereich Koordination, Beratung, Controlling oder Compliance.

Wir schaffen damit meist neue, gut bezahlte Arbeitsplätze. Nachhaltig. Nur nicht am dafür vorgesehenen Ort in der Wirtschaft. Wir schaffen sie in der Verwaltung. Auch in diesem Jahr wieder knapp 40 neue Stellen. Diese erhöhen wenn auch gut gemeint die neue, oben beschriebene Bürokratie.

Das Problem die Bürokratie zu senken braucht einen Paradigmawechsel. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Es braucht die Haltung „des Ändern wollens“. Über die Führung, Vorgaben zu einer bewusst geförderten unbürokratischen Lösungskompetenz **und nicht** einer Fokussierung auf die Fehlervermeidung als Leitkultur. Etwas mehr von „**Geht nicht, gibt's nicht**“ wäre gut. Ein solches positives

Beispiel habe ich erst gestern im Gespräch mit einem Spitzenbeamten erlebt. Es gibt somit durchaus sehr gute kantonale Führungskräfte, welche so lösungsorientiert vorgehen. Es dürften aber – leider auch aus eigener Erfahrung gesprochen - durchaus mehr werden. Vor zwei Jahren hat die damalige Regierungsratspräsidentin in einem internen Blatt zu mehr Mut und Muster überdenken aufgerufen in der Verwaltung. Das rufe ich hier gerne ins Bewusstsein.

Das Credo keine Fehler machen zu dürfen, ist eine aus meiner Sicht eine fragwürdige „Null- Toleranz“ da damit zu oft einfach Verantwortung auf generell für alle geltende Regeln und Prozesse abgeschoben wird. Es wird – leider auch schon erlebt - kein Weg gesucht, wie man die Gleichbehandlung lösen kann ohne dass dies im gleichen Prozess für alle endet. Letzteres schafft bürokratische, oft suboptimale Lösungen mit dem Hinweis, dass dies halt so geregelt ist und man nichts machen könne. Man kann aber im Rahmen der Gesetze meist mehr, wenn man auch will.

Die Wirtschaft wünscht mehr unbürokratische Lösungen mit gesundem Augenmass der Gleichbehandlung. Notwendigkeit wird in Politik und Verwaltung oft zu unrecht anders beurteilt wie in der Wirtschaft. **Wo kein Kläger kein Richter sollte eine neue Qualität erhalten.**

Wir rühmen uns ja schnelle und praktikable Lösungen zu finden – ich hoffe immer auch unbürokratische. Mit Füdli. Wir können überprüfen, ob unsere Hoffnung und Erwartungshaltung auf vereinfachte unbürokratische Lösungen im Thurgau schneller eintreten wie in Bern.

Wir empfehlen als Fraktion den konkreten Antrag einstimmig als nicht erheblich zu erklären, aber den hinter dem Antrag steckenden Willen der Regierung mit in die Weihnachtsferien zu geben, die Bürokratie selber, aktiv zu bekämpfen. Die Verwaltung weiss am besten, wo Gesetze oder Prozessverfahren vereinfachend oder mit Augenmass geregelt werden könnten. Wie wäre es, wenn die Exekutive seiner Verwaltung auftragen würde, im kommenden Jahr nur schon 5 - 6 der ca. 460 Gesetze im Thurgauer Gesetzbuch zu finden, welches zumindest vereinfacht oder komplett gestrichen werden könnten. Ein Gesetz pro Regierungsrat. Macht man dies erfolgreich über zwei Jahre, sind das rund 10 - 12 von 460 was immerhin 2 - 2.6% entspricht. Das bringt neben den automatischen Digitalisierungschancen von Ablauferleichterungen wohl deutlich mehr wie eine starre one-in-one out Regelung.

Falls wir diesen Weihnachtswunsch später doch nicht erfüllt sehen liebe Brigitte Kaufmann, dann sind wir seitens Fraktion sehr gerne bereit gemeinsam direkt griffige Vorstösse einzureichen, da die zwar kurzen Wege nicht überall zu raschen und

unbürokratischen Vorgehensentscheiden geführt haben. und auf das kommt es letztlich an.

In diesem Sinne lehnt die glp/BDP Fraktion den Antrag einstimmig ab, bedankt sich aber bei der Antragsstellerin für den Einsatz gegen die Bürokratie den wir klar teilen. Wie ich hoffe alle hier im Saal. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Reto Ammann, Weinfelden 8. Dezember 2019